

**Gedanken  
zum  
Weltfriedenstag**

Seite -3-

**Der Stadtvorstand DIE LINKE  
Halle beruft für Samstag, den  
10. Oktober 2009, 9:00 Uhr,  
den 4. Stadtparteitag ein.**

Seite -5-

**Öffentliches Forum  
mit  
Dr. Petra Sitte**

Seite -6-

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

14. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

25. August 2009

## **Ganztagsbetreuung und Mittagsversorgung an Kita und Grundschule bleiben Ziele der LINKEN**

Zu den in der Presse veröffentlichten Spekulationen über eine angebliche Differenz bei zentralen Forderungen der Partei DIE LINKE erklärt deren Landesvorsitzender Matthias Höhn:

„Es verwundert leider kaum, dass unmittelbar vor einem wichtigen Wahltermin von einigen der Versuch unternommen wird, in der Öffentlichkeit eine in zentralen Forderungen zerstrittene LINKE darzustellen. Um dies zu untermauern, werden bewusst Unwahrheiten verbreitet.

Für DIE LINKE steht fest: Die Wiedereinführung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung an den Kindertagesstätten und die Etablierung einer kostenfreien Mittagsversorgung in Kita und Grundschule bleiben für uns zentrale Forderungen. Und gleichzeitig ist leider auch richtig: Die politischen Kräfteverhältnisse im Landtag verbauen momentan den Weg dorthin. In beiden Punkten bestand und besteht keinerlei Dissens zwischen der Fraktion und mir als Landesvorsitzendem.

Richtig ist, dass ich mir nicht zuletzt auch als Bildungspolitiker gewünscht hätte, dass über den Ausgleich der steigenden Personalkosten hinaus mehr getan werden könnte, um der chronischen Unterfinanzierung an den Hochschulen

entgegenzuwirken. Aber auch ich habe zur Kenntnis zu nehmen, dass wegen der wegbrechenden Mittel des Landes dies im Moment nicht realisierbar ist.

Deutlich wird bei den laufenden Vorverhandlungen zum Doppelhaushalt wieder einmal: Für einen spürbaren Kurswechsel bedarf es anderer politischer Mehrheiten im Land und einer gestärkten LINKEN im nächsten Bundestag.

Es ist mehr als ärgerlich, dass Details notwendiger und nicht immer einfacher Diskussionen innerhalb der Fraktion an die Öffentlichkeit getragen werden. Dies schadet am Ende der gesamten Partei.

Letztlich: Im Gegensatz zu allen anderen im Landtag vertretenen Parteien ist DIE LINKE die einzige, die mit einer einmütig handelnden Partei- und Fraktionsspitze in die kommenden Wahlauseinandersetzungen zieht.“

Entgegen der verbreiteten Falschmeldung in der Mitteldeutschen Zeitung rückt DIE LINKE in Sachsen-Anhalt keinesfalls von ihrer Forderung nach kostenloser Ganztagsbetreuung ab. In ihrer

Klausurberatung in Meisdorf fasste sie folgenden Beschluss zum Umgang mit dem CDU/SPD-Entwurf des Doppelhaushaltes 2010/2011: „Die zu erwartenden Einnahmehinbrüche auf Grund der konjunkturellen Entwicklung gegenüber der ursprünglichen Mittelfristigen Finanzplanung des Landes Sachsen-Anhalt erzwingen in beiden Haushaltsjahren eine erhebliche Nettoverschuldung. Diese zu verhindern wäre nur dann möglich, wenn man unverantwortliche Kürzungen mit langfristigen Folgeschäden für das Land Sachsen-Anhalt in Kauf nehmen würde.

Im Interesse langfristiger sozialer und ökonomischer Entwicklungen muss das Land Sachsen-Anhalt in der Krise als stabilisierender Faktor wirken und darf sich nicht zyklisch verhalten.

1. Die Fraktion DIE LINKE bleibt bei ihrer inhaltlichen Schwerpunktsetzung des Landesparteitagsbeschlusses von 2007.

weiter auf Seite -2-

## Ganztagsbetreuung und Mittagsversorgung...

Fortsetzung von Seite -1-

Wir gehen auch in den Jahren 2010 und 2011 von einer FAG-Summe aus, wie sie für das Jahr 2009 im Haushaltsplan 2009 eingestellt ist. Gemäß unseres Beschlusses fordern wir, diese Summe beizubehalten, um nicht die Kommunen ihrerseits zu einem prozyklischen Verhalten zu zwingen und damit die Öffentliche Daseinsvorsorge schwer zu beschädigen.

2. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der Gefährdung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes bleiben wir bei unserer Forderung eines erhöhten Neueinstellungskorridors für die nächsten beiden Jahre.

Darüber hinaus fordern wir, die Praxis der Neueinstellungen endlich so zu gestalten, dass die Stellen, für die eine haushalterische Vorsorge bereits getroffen wurde, auch besetzt werden.

Im Bereich der Kindertagesstätten bleiben wir bei unserer politischen Forderung der Ganztagsbetreuung für alle Kinder sowie des kostenlosen Mittagessens im Bereich der Kindertagesstätten und Grundschulen. Wir müssen jedoch einschätzen, dass die derzeitige SPD-CDU-Regierung zu einem solchen Schritt weder Willens noch in der Lage ist.

3. Die Auseinandersetzung im Bildungsbereich wird sich entsprechend unserer Beschlüsse aus dem Jahr 2007 auf die Sicherung der Fortschritte im Bereich der Schülerbeförderung und der not-

wendigen Finanzausstattung der Hochschulen konzentrieren. Die im Hochschulbereich anfallenden Mehrkosten auf Grund der Personalkostensteigerung im Jahr 2010 sind nicht durch die Hochschulen selbst zu erwirtschaften, sondern müssen durch Landeszuschüsse ausgeglichen werden.

4. Zuschüsse an die Träger der sozialen Infrastruktur sowie Zuschüsse im Bereich der Demokratieentwicklung und des Ehrenamtes im Land müssen auf einem Niveau gehalten werden, welches das Überleben dieser Strukturen in der Krise sichert.

Es wäre unverantwortlich, auf Grund der aktuellen Haushaltslage diese Infrastruktur in Sachsen-Anhalt nachhaltig zu beschädigen und damit immense Folgekosten in Kauf zu nehmen.

Die im Strategiepapier des Finanzministers enthaltenen Vorschläge zur Beteiligung Privater an den

Unikliniken sind inhaltlich falsch und haben darüber hinaus keinerlei Bezug zur aktuellen Haushaltssituation.

5. Die Setzung eigener landesspezifischer Schwerpunkte im Bereich von Bildung und Sozialem verlangt einen kritischen Umgang mit politischen Programmen, die teilweise durch Bund oder EU finanziert werden. Hier kann es keine undifferenzierte Bestandsgarantie geben.

6. Die Fraktion DIE LINKE unterbreitet in den Haushaltsberatungen Vorschläge, die zu erwartende Deckungslücke, die durch eine Nettoneuverschuldung ausgeglichen werden muss, so klein wie möglich zu halten. Trotzdem bestimmen die politisch notwendigen Ausgaben das Etatvolumen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 und nicht die aktuell prognostizierten Steuereinnahmen.“

### Wahlkampfgetöse oder seriöse Politik?

Der stellvertretende Parteivorsitzende Klaus Ernst kündigt an, dass DIE LINKE im Fall einer Bundestags-Abstimmung für eine Verlängerung der Altersteilzeitförderung stimmen würde. Ernst hält aber den jüngsten Vorstoß von Arbeitsminister Scholz für Wahlkampfgetöse. Er erklärt:

Wenn Scholz den angekündigten Gesetzentwurf tatsächlich im Bundestag zur Abstimmung stellt, kann er mit den Stimmen der LINKEN rechnen. Vorausgesetzt die SPD gibt ihre Blockadehaltung auf, würde es im Bundestag sogar für eine Mehrheit reichen. Allerdings nicht mit Union oder FDP - den Koalitions-Wunschpartnern der SPD, mit denen Herr Scholz gern regieren möchte.

Daran sieht man:

Es handelt sich offenkundig nur um Wahlkampfgetöse aus dem Arbeitsministerium.

## Gedanken zum Weltfriedenstag

Am 1. September 1939, vor knapp 70 Jahren, begann mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen der 2. Weltkrieg. In den folgenden Jahre brachte der deutsche Militarismus und Imperialismus unzähliges Leid, Tod und Elend über die Völker Europas und der Welt, aber auch über das eigene Volk. Angesichts der Tatsache, dass sich 70 Jahre danach die Bundesrepublik Deutschland entweder direkt (Kosovo, Afghanistan) oder indirekt (Irak) an Militärinterventionen und völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligt, ist der Schwur der ersten Nachkriegsjahre, dass von deutschen Boden nie wieder Krieg ausgehe, längst vergessen. Somit ist es ein Gebot der Stunde, bei den Bundestagswahlen am 27. September die Entscheidungen für den Frieden der Welt zu treffen. Das heißt, dass die Forderungen der LINKEN, wie im Wahlprogramm der Partei DIE LINKE ersichtlich,

- den Verteidigungsetat verkleinern und zivilen Friedensdienst ausbauen,
  - die Wehrpflicht abschaffen und radikal abrüsten,
  - keine Auslandskriegseinsätze der Bundeswehr zu lassen,
  - die Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen,
  - und Rüstungsexporte verbieten
- einen maßgeblichen Einfluss im nächsten deutschen Bundestag gewinnen müssen und solche Gedanken auf die Außenpolitik künftigeinwirken.

Hajo

## Am 5. und 6. September findet rund um das "Tallin" das Parkfest

statt. Neben vielen Angeboten für die ganze Familie, wie Modenschau, Schach- und Skatturnier und einem umfangreichen Kinderprogramm, wird auch ein umfangreiches Bühnenprogramm angeboten. Auftreten werden unter anderem auch Uli Schwinge und „Die vier Schönen“.

DIE LINKE Halle wird, wie jedes Jahr am Samstag, mit einem Infostand vertreten sein. Als Gesprächspartnerin, stehen Petra Sitte sowie Mitglieder der Stadtratsfraktion zur Verfügung.

Im August verstarb unser langjähriges Parteimitglied, Genosse

## Hans Böhler

Wir werden ihn und sein Engagement für unsere Partei in ehrender Erinnerung behalten.

Stadtvorstand  
DIE LINKE Halle

Ortsverband  
Clara Zetkin

## Friedenslied von Bertolt Brecht

Friede auf unsere Erde!  
Friede auf unserem Feld!  
Daß es auch immer gehöre  
Dem, der es gut bestellt!

Friede in unserem Lande!  
Friede in unserer Stadt!  
Daß sie den gut behause,  
Der sie gebauet hat!

Friede in unserem Hause!  
Friede im Haus nebenan!  
Friede dem friedlichen Nachbarn.  
Daß jedes gedeihen kann!

Friede dem Roten Platze!  
Und dem Lincolnmonument!  
Und dem Bandenburger Tore  
und der Fahne, die drauf brennt!

Frieden den Kindern Koreas!  
und den Kumpels an Neiße und Ruhr!  
Friede den New Yorkern Schoffören  
und den Kulis in Singapore!

Friede den deutschen Bauern!  
Und den Bauern im großen Banat!  
Friede den guten Gelehrten  
Eurer Stadt Leningrad!

Friede der Frau und dem Manne!  
Friede dem Greis und dem Kind!  
Friede der See und dem Lande,  
Daß sie uns gütig sind!

## Linkes Blatt

### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail info@dielinke-halle.de  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - tägig  
Auflage: 650 Exemplare

### Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
20.08.2009  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 03.09.2009

## Die Rente - ein wichtiges Thema im Bundestagswahlkampf

(sk) Mit 17 Anträgen im Bundestag hat DIE LINKE in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode versucht, das Thema Renten und Versorgungsunrecht in den neuen Bundesländern zu thematisieren. 17 Anträge, die von den anderen Fraktionen abgelehnt wurden. Gregor Gysi führte dazu in seiner Rede zur Begründung der Anträge aus: „Uns geht es niemals um eine Besserstellung. Zu behaupten, dass es uns darum ginge, ist doch Quatsch. Letztlich wollen wir, dass eine gleiche Lebensleistung zu einer gleichen Rente führt. Das ist doch nicht zu viel verlangt von unserer Gesellschaft. Der Staatssekretär hat zu Recht gesagt, dass wir schon zum zigsten Mal darüber diskutieren. Solange wir im Bundestag sind, werden Sie in jeder Legislaturperiode diese Anträge vorgelegt bekommen, um deutlich zu machen, dass das, was Sie gemacht haben, ungerecht ist. Ich bin doch nicht derjenige, der Leistung nicht würdigen kann. Das, was hier aber geschehen ist, ist ungerecht. Wissen Sie, was mich stört? Sie setzen auf die biologische Lösung.

Sie wissen, dass jedes Jahr Betroffene sterben und es immer weniger werden, die einen Anspruch haben. Das ist überhaupt nicht hinzunehmen. Ich sage Ihnen eines ganz deutlich: Ein weiteres Argument mag ich auch nicht, nämlich das, dass kein Geld da ist. In einer Woche können Sie 480 Milliarden Euro für die Banken bereitstellen, aber diese lächerlichen Beträge haben Sie nicht.

Stellen Sie endlich Rentengerechtigkeit her!“

Zu dem bestehenden Rentenunrecht, kommt neues hinzu. DIE LINKE hat in ihrem Bundestagswahlprogramm unter der Überschrift „Soziale Sicherheit: Solidarität statt Privatisierung“ die Alterssi-

cherung zu einem wichtigen Thema gemacht. Darin heißt es:

„Anhaltende Massenerwerbslosigkeit, die Ausweitung prekärer Arbeit und sinkende Löhne führen bei immer mehr Erwerbstätigen zu wachsenden Lücken in ihrer Erwerbsbiografie und damit fehlenden Beitragszeiten in der Rentenversicherung. Hinzu kommen niedrigere Beiträge aufgrund niedrigerer Löhne. Die sogenannten Rentenreformen, erst von Union und FDP, dann von SPD und Grünen, senkten zudem das Niveau der gesetzlichen Rente erheblich. Die Versicherten sollen diese Kürzungen ohne Beiträge der Unternehmen durch mehr private Vorsorge („Riestern“) ausgleichen. Doch wer erwerbslos ist oder wenig verdient, hat nicht einmal dazu eine wirkliche Chance. Die von der SPD/CDU beschlossene Rente erst ab 67 Jahre ist nicht nur eine Rentenkürzung um zwei Jahre, sondern sie wird für die meisten eine weitere Rentenkürzung nach sich ziehen, da nur Wenige bis zu diesem Renteneintritt arbeiten können und dann Abschläge auf ihre Rente hinnehmen müssen. So potenziert sich das Risiko von Altersarmut.

Die Rentenreformen der vergangenen Jahre haben zu einer Teilprivatisierung der Alterssicherung geführt, die vor allem Versicherungskonzernen und Unternehmen nützt. Für die Versicherten steigen die finanziellen Belastungen und Risiken. Im Gegensatz zur gesetzlichen Rentenversicherung sind die privat angelegten Gelder zur Alterssicherung auch vor einer Finanzkrise nicht gesichert. Das Ziel der Lebensstandardsicherung für die Rentnerinnen und Rentner wurde ausdrücklich aufgegeben.

DIE LINKE fordert:

\* das öffentliche Solidarsystem der gesetzlichen Rente stärken: den

Lebensstandard im Alter sichern und langjährigen Beitragszahlerinnen und -zahlern eine Rente deutlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus bieten; sämtliche Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel streichen, damit die Rente wieder der Lohnentwicklung folgt;

\* die gesetzliche Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung umbauen: Selbstständige, Beamtinnen und Beamte, Politikerinnen und Politiker einbeziehen; die Beitragsbemessungsgrenze aufheben, die damit verbundene Rentenerhöhung abflachen und den Spielraum für eine solidarische Umverteilung vergrößern; auf dieser Basis die staatliche Unterstützung der privaten Vorsorge einstellen, die erworbenen Ansprüche und die staatlichen Fördermittel überführen;

\* Solidarausgleich in der gesetzlichen Rente stärken: Zeiten von Erwerbslosigkeit, Kinderbetreuung - auch vor 1992 -, Pflege und niedrigen Löhnen aufwerten, um Altersarmut zu verhindern; eine eigenständige Alterssicherung für Frauen unterstützen;

\* Renteneintrittsalter senken: die Rente erst ab 67 wieder abschaffen und flexible Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge vor dem 65. Lebensjahr schaffen; die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit fortsetzen und einen erleichterten und abschlagsfreien Zugang zu Erwerbsminderungsrenten eröffnen;

Berufsunfähigkeitsrente wieder einführen;

\* Armut im Alter verhindern: kein Mensch darf im Rentenalter weniger als 800 Euro im Monat zum Leben haben;

\* die Rentenungerechtigkeit zwischen Ost und West beseitigen.“

Mit ihren Forderungen steht DIE LINKE nicht allein, zahlreiche Ver-



bände und Initiativen teilen diese Forderung. So auch die GBM e.V., deren Ortsverband Halle in einer Veröffentlichung auch auf die Initiativen der LINKEN hinweist und sie ausdrücklich unterstützt. Seit

vielen Jahren versucht der Verein, für dieses Thema Öffentlichkeit herzustellen und Betroffene beim Einklagen ihrer Rechte zu unterstützen. Auch die von ihm veröffentlichten Wahlprüfsteine zur ge-

setzlichen Rentenversicherung, kann DIE LINKE guten Gewissens beantworten, finden sich doch fast alle Forderungen aus dem Bundestagswahlprogramm darin wieder.

## **Weichen für die Zukunft stellen**

(sk) Selten war DIE LINKE Halle organisatorisch so gefordert, wie im Wahljahr 2009. Da sind nicht nur die Wahlkämpfe zu organisieren, sondern auf 3 Tagungen des Stadtparteitages waren auch das Wahlprogramm zu beschließen und Kandidatinnen und Kandidaten bzw. Delegierte zu wählen. Es hat sich gezeigt, unser Stadtverband war und ist politik- und handlungsfähig. Nach Abschluss der Wahlkämpfe gilt es nun, am 10. Oktober auf einem weiteren Stadtparteitag die Weichen für die Zukunft zu stellen. Alle 2 Jahre sind nach der Satzung alle Parteiämter neu zu wählen. Für die Delegierten heißt das, dass der/die Stadtvorsitzende, sein(e) Stellvertreter(in), der/die Schatzmeisterin sowie die Mitglieder des Stadtvorstandes neu zu wählen sind. Da DIE LINKE formal 2007 gegründet wurde, endet 2009 auch die Amtszeit der Delegierten für den Landes- und Bundesparteitag. Neu zu wählen sind auch die Mitglieder unserer Finanzrevisionskommission.

Der Stadtparteitag im Oktober ist für die Arbeit des Stadtverbandes wichtig, nicht nur weil er wichtige Personalentscheidungen zu treffen hat, sondern weil er damit auch den Stadtverband in der künftigen Arbeit unserer Partei positioniert. Die Aufgaben werden auch in Zukunft nicht kleiner. Die Erarbeitung eines neuen Parteiprogrammes war und bleibt das Ziel unserer Partei, hier sollte sich auch DIE LINKE Halle mit ihren Erfahrungen einbringen. Ein weiteres Schwerpunktthema des Jahres 2010 wird die Erarbeitung des Landtagswahlprogrammes für Sachsen-Anhalt werden. Die Landtagswahlen finden im Frühjahr 2010 statt.

Auch hier muss sich unser Stadtverband mit seinen Positionen und Kandidaten einbringen, damit wir auch nach weiteren 2 Jahren festhalten können: DIE LINKE Halle ist gut aufgestellt.

Der Stadtvorstand DIE LINKE Halle beruft für Samstag, den 10. Oktober 2009, 9:00 Uhr, den

### **4. Stadtparteitag**

ein. Den Delegierten und VertreterInnen wird folgende Tagesordnung vorgeschlagen:

- \* Bericht des Stadtvorstandes
- \* Finanzbericht 2008
- \* Diskussion
- \* Neuwahl des Stadtvorstandes
- \* Wahl der 14 Delegierten zum Landesparteitag
- \* Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag

Die Basisorganisationen werden gebeten, nach Veröffentlichung dieses Beschlusses bis 30. September 2009, Delegierte nach nachfolgendem Schlüssel zu wählen.

\* Jede Basisorganisation erhält 2 Grundmandate.

\* Basisorganisationen mit mehr als 20 Mitgliedern erhalten Zusatzmandate nach folgendem Schlüssel:

21-30 Mitglieder	-	2 Zusatzmandate
31-40 Mitglieder	-	4 Zusatzmandate
41-50 Mitglieder	-	6 Zusatzmandate
51-60 Mitglieder	-	8 Zusatzmandate
61-70 Mitglieder	-	10 Zusatzmandate
71-80 Mitglieder	-	12 Zusatzmandate

\* Die im Stadtverband organisierten Arbeitsgemeinschaften erhalten jeweils 2 Grundmandate.

Über die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter ist ein Wahlprotokoll zu fertigen, dieses ist bis 30. September beim Stadtvorstand einzureichen. Wahlprotokollen, die nach diesem Termin eingehen, ist eine Erklärung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter beizufügen, dass ihnen bekannt ist, dass auf dem Stadtparteitag Wahlen stattfinden und sie auf die Einladungsfrist nach § 3 (2) der Wahlordnung verzichten.

**DIE LINKE.** zur Bundestagswahl 2009:  
demokratisch, sozial gerecht, zivil

## Öffentliches Forum mit Dr. Petra Sitte

stellvertretende Vorsitzende der  
Linksfraktion im Bundestag,



Freitag, 4. September 2009, 15:00 - 17:00 Uhr  
Begegnungsstätte der Volkssolidarität 1990 e. V. Halle  
(Saale) „Zur Fähre“ Böllberger Weg 150  
(Straßenbahnhaltestelle Diesterwegstraße)

## Weihnachten wirft Kerzenschatten.

Wird Halle zu Weihnachten auf einem Kerzenmarkt ein missglücktes, in weiten Teilen geklautes Logo geschenkt bekommen? Und wenn ja, von wem? Vom Weihnachtsmann sicher nicht. Der hieße in Halle ja Kerzenmann oder Daggimann oder Vossiengel oder, oder, oder. Vorschläge können gern an die Redaktion weitergeleitet werden, wir werden sie veröffentlichen.

Da war ja die „Jahresendflügelfigur“ noch richtig niedlich, auch wenn ich persönlich bezweifle, dass es diesen Begriff tatsächlich gab. Als Begründung für die Umbenennung des Weihnachtsmarktes wird angeführt, dass ja jede Stadt denselben hat und Halle einmalig sein sollte. Halle ist einmalig und eine sehr schöne Stadt. Halle hat einen Markt, auch den haben die meisten Städte, sollte man umbenennen in: gepflastertes Großtrottoir Halle hat eine Sparkasse, auch diese haben viele Städte, aber nur in der

halleschen Penunzenverwaltung lohnt es sich, sein Geld unverwechselbar und einmalig anzulegen. Halle hat Stadtwerke, auch die haben (noch) viele Städte - Umbenennung in Ressourcenumwandlungsunternehmen? Halle hat einen Fluss, viele Städte liegen an Flüssen - Halle an einer wasserführenden Schneise? Halles Fluss heißt Saale - oder in Zukunft kerzenmarktumspielendes Fließgewässer? Viele neue Begriffe, hoffentlich einmalig. Ich stelle meine Arbeitskraft gegen entsprechende Belohnung (pro Buchstabe der neuen Wortschöpfungen mindestens 1000,00 Euro nach oben offen) zur Verfügung, um noch ein paar Gutachten zur Wirksamkeit zu erstellen und gegebenenfalls alles zu verwerfen. Aber mal im Ernst: Was da, nicht nur im Moment und nicht nur in diesen zwei Beispielen, in der Verwaltung läuft, kostet die Stadt tatsächlich auch Geld. Geld, welches Vereinen, Verbänden, dem

Bildungssektor, der Jugendhilfe und und... fehlt. Sollte das neue Logo kommen, müssten neue Briefvorlagen gedruckt werden. Diese hätten aber nur Bestand bis 2012, dann nämlich wählt Halle (Saale) ein neues Stadtoberhaupt. Wenn dieses dann nicht weiblich wird, brauchen wir wieder neue Briefvorlagen. Ich glaube nicht, dass es eine Partei geben wird, welche ihre Kandidaten nach den bisherigen Briefköpfen der Verwaltung aussucht. Da fällt mir ein, einen Stadtrat haben auch viele Städte - wie wäre es mit Abwahl-antragsversäumergremium? Früher hätte ich geschrieben: Wer sich auf den Schlipps getreten fühlt, fühlt dieses zu Recht. Heute schreibe ich lieber: Wer sein Halsbindeelement ungerecht behandelt fühlt, der sollte ...???

Neck Neck Neck, du lieber Schreck, da bleibt mir glatt die Spucke weg.

## Briefwahl - ganz einfach!

Am 27. September findet die Bundestagswahl statt. An diesem Tag wird entschieden, ob weiter Milliarden für Banken und Finanzhaie oder für Arbeitsplätze und Einkommen ausgegeben werden, ob der Krieg in Afghanistan weitergeht oder Deutschland zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehrt und ob es noch mehr Bereicherung oben und Armut unten gibt oder mehr soziale Gerechtigkeit. Deshalb kommt es auf jede Stimme an. Wer ganz sichergehen will, sollte schon jetzt seine Stimme per Briefwahl abgeben. Die Vorteile liegen auf der Hand: Man spart den Weg ins Wahllokal und ist für den Wahltag frei in der Planung. Und man kann in Ruhe zu Hause wählen. Immer mehr Wählerinnen und Wähler der LINKEN nutzen diese Form der Wahl. Es wäre schön, wenn Mitglieder sowie Freundinnen und Freunde der LINKEN viele andere von der Briefwahl überzeugen würden, denn jede Briefwahlstimme ist schon mal „im Kasten“ und kann am Wahltag nicht mehr vergessen werden.

### Hier die wichtigsten Informationen:

\* Der Wahlschein wird in der Heimatgemeinde beantragt. Das geht persönlich, per Brief, per Telegramm, per Fax, per E-Mail, jedoch nicht telefonisch. Noch einfacher ist es mit der Wahlbenachrichtigungskarte, die schon bei den Wahlberechtigten angekommen ist oder demnächst ankommen wird, oder im Internet. Auf der jeweiligen Wahlseite der Hei-

matgemeinde gibt es ein Formular, das am Computer ausgefüllt und dann an die zuständige Behörde weitergeleitet werden kann.

\* Behinderte haben die Möglichkeit, mit einer schriftlichen Vollmacht auch die Hilfe anderer in Anspruch zu nehmen.

**\* Letzter Termin für die Beantragung von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen ist zwei Tage vor der Wahl, also Freitag, der 25. September 2009, um 18.00 Uhr.**

In Ausnahmefällen (wie plötzlicher Krankheit) ist die Beantragung noch bis 15.00 Uhr am Wahlsonntag möglich. Die Briefwählerin oder der Briefwähler erhält mit den Un-

terlagen ein Merkblatt mit Hinweisen über das weitere Verfahren.

\* Sind die Briefwahlunterlagen angekommen, sollte natürlich auf dem Stimmzettel zweimal DIE LINKE angekreuzt werden - die Erststimme für die Direktkandidatin oder den Direktkandidaten und die Zweitstimme für die Partei DIE LINKE. Der Stimmzettel kommt in den blauen Umschlag, und dieser wird zugeklebt. Dann ist auf dem Wahlschein die Erklärung zu unterschreiben. Der unterschriebene Wahlschein und der blaue Umschlag werden zusammen in den roten Briefumschlag gesteckt und unfrankiert in einen Post-Briefkasten eingeworfen.

Zum Ansehen: <http://www.youtube.com/watch?v=zegZILwQipo>

### Öffnungszeiten des Briefwahlbüros in Halle (Saale)

#### Bürgerservicestelle Marktplatz 1

Montag: 8:00 - 16:00 Uhr  
Dienstag: 8:00 - 19:00 Uhr  
Mittwoch: 8:00 - 12:00 Uhr  
Donnerstag: 8:00 - 19:00 Uhr  
Freitag: 9:00 - 15:00 Uhr  
Sonnabend: 9:00 - 12:00 Uhr

#### Bürgerservicestelle Südpromenade 30

Montag: 9:00 - 16:00 Uhr  
Dienstag: 9:00 - 18:00 Uhr  
Mittwoch: 9:00 - 12:00 Uhr  
Donnerstag: 9:00 - 16:00 Uhr  
Freitag: 9:00 - 12:00 Uhr

#### Bürgerservicestelle Am Stadion 6

Montag: 9:00 - 12:00 Uhr  
Dienstag: 9:00 - 18:00 Uhr  
Mittwoch: 9:00 - 12:00 Uhr  
Donnerstag: 9:00 - 15:00 Uhr  
Freitag: 9:00 - 12:00 Uhr

Antrag per E-Mail an [briefwahlbuero@halle.de](mailto:briefwahlbuero@halle.de) ist ebenfalls möglich.